

Planungsdezernent Jaeger teilte mit, die Verwaltung werde das Schreiben der Wirtschaftsministerin mit dem Protokoll nachreichen (**s. Anlage 2**).

Herr Dr. Sarikaya erläuterte kurz den Sachstand. Das Factory-Outlet-Center solle nach einer Idee der Gemeinde Grafschaft an der A 61 in einer Größenordnung von –zig tausend Quadratmetern Verkaufsfläche entstehen, mit der Intention, lokale, hochwertige Produkte an Ort und Stelle zu präsentieren. Dazu habe es Bedenken vom Rhein-Sieg-Kreis, den Kommunen innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises und der IHK Bonn-Rhein-Sieg gegeben. Der Rhein-Sieg-Kreis habe diese Bedenken inzwischen auch dem Land mitgeteilt. Die Wirtschaftsministerin Thoben habe in ihrem Schreiben an den Landrat zu verstehen gegeben, dass sie unsere Position teile und der Rhein-Sieg-Kreis mit dem Land Rheinland-Pfalz Gespräche führen müsse. Das sei zurzeit der Sachstand. Es gehe also noch nicht um den konkreten Bau, sondern lediglich um die Idee, dort ein Factory-Outlet-Center zu errichten.

Planungsdezernent Jaeger ergänzte, auf der Ebene der Bezirksregierungen gebe es auch einen Ausschuss, der gemeinsam interessierende regionale Themen zwischen den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen behandle. Dort müsse die Idee sowie die Bedenken natürlich auch kommuniziert werden. Darüber hinaus habe er gehört, dass auch die Stadt Bonn im Einvernehmen mit den linksrheinischen Gemeinden dabei sei, sich gegen das Projekt zu äußern.

Abg. Becker begrüßte das Vorgehen des Rhein-Sieg-Kreises und bat gleichzeitig darum, den Ausschuss auch weiterhin über den Fortgang der Gespräche bei den Bezirksregierungen zu informieren. Die Äußerung der Ministerin halte er zwar in der Sache nicht für falsch, aber auch nicht unbedingt als hilfreich.

Planungsdezernent Jaeger wies darauf hin, die Angelegenheit sei bereits im Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturförderung behandelt worden. Auf die Tagesordnung des Planungs- und Verkehrsausschusses sei das Thema gesetzt worden, weil es auch aus regionalplanerischer Perspektive betrachtet werden müsse.

Abg. Bausch berichtete aus dem Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturförderung. Dort sei auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls Einvernehmen über dieses Thema erzielt worden. Insbesondere sei auch der Brief des Bürgermeisters Raetz aus Rheinbach, der stellvertretend für alle Kommunen seine Bedenken geäußert habe, begrüßt worden. Im Ausschuss habe Einvernehmen darüber bestanden, dass der Landrat mit seinem Schreiben an die Wirtschaftsministerin zunächst richtig reagiert habe und der Rhein-Sieg-Kreis die Angelegenheit weiter kritisch begleiten solle. In der gegenwärtigen Phase bestehe auch innerhalb des Kreises Ahrweiler noch keine Einigkeit über das weitere Vorgehen. Durch ein Factory-Outlet-Center in der Größenordnung würde schließlich auch Kaufkraft in der Grafschaft selber abgezogen. Darüber hinaus gebe es in Rheinland-Pfalz ein Landesentwicklungsprogramm, was es zu beachten gelte. Ob sämtliche gesetzlichen Hürden genommen werden könnten, bleibe abzuwarten.

Abg. Albrecht bekräftigte die Ausführungen von Herrn Abg. Bausch. Bei Projekten in dieser Größenordnung müsse zunächst der Innenminister von Rheinland-Pfalz Ausnahmen von seinen landesrechtlichen Rahmenbedingungen zulassen. Aus einem Schreiben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums gehe hervor, dass der Innenminister dem Projekt ebenfalls sehr kritisch gegenüber stehe.